



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/84

12. April 1950

Hinweise

auf den Inhalt:	Deutschlands Sicherheit	S.1
	Phantasien um Österreich	S.3
	Um die Zukunft des deutschen Films	S.4
	Starkes Gespann - Die Wiederkehr Jehn Foster Dulles	S.6
	Ostzonales Bahnhofs-Intermezzo - Ein Erlebnisbericht	S.6
	EP-Vorherrschaft bei der Conti gebrochen	S.7

Deutschlands Sicherheit

P.R. Die Frage nach der Sicherheit vor Deutschland, so hartnäckiger Beliebtheit sie sich in gewissen Kreisen des Auslandes erfreut, muss in ihrer praktischen Gegenstandslosigkeit immer stärker hinter der handgreiflich-aktuellen Frage der Sicherheit für Deutschland zurücktreten. Das hat in letzter Zeit u.a. zu dem Vorschlag eines wesentlich vereinfachten Verfahrens geführt, sich Sicherheit gegenüber Deutschland zu verschaffen, unabhängig davon, dass das ganze System auch weiterhin sehr stark von wirtschaftlichen und kommerziellen Erwägungen mitbestimmt wird. Berufene Gremien in den USA haben deshalb z.B. auch die Überprüfung der gesamten Demontagepraxis bereits angekündigt.

Dabei ist weniger eine Wandlung der Verhältnisse als der Erkenntnisse massgebend, wenn seit einiger Zeit die Sicherheit für Deutschland so stark in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, ja, wenn sie in direkte Beziehung zur Sicherheit der Mächte gesetzt wird, für die bisher die Sicherheit vor Deutschland ein bestimmender Gesichtspunkt war. Besonders klar hat das Anfang April der amerikanische Hohe Kommissar McCloy vor einem Kongressausschuss gesagt, als er erklärte: "Deutschland ist heute für die Vereinigten Staaten das wichtigste und entscheidendste Gebiet ihrer Aussenpolitik. Ein direkter und heftiger Kampf wird dort geführt. Wir in Deutschland

fühlen, dass wir einem kritischen Punkt in unserer Geschichte gegenüberstehen, und ich glaube, jedermann, der die heute in Europa wirkenden Kräfte kennt, kann nicht anders denken".

Damit ist Deutschland von sehr berufener Stelle als ein Gebiet charakterisiert werden, das geradezu für die Sicherheit auch der USA entscheidend wichtig ist. Diese Auffassung ist in den massgebenden amerikanischen Kreisen weit verbreitet, sie ist ja schliesslich auch die Grundlage der imponierenden Anstrengungen, die von drüben im Hinblick auf eine Konsolidierung der Situation in ganz Westeuropa und damit vor allem in Deutschland gemacht werden. In ihr liegt gleichzeitig die zur Zeit stärkste Garantie für die deutsche Sicherheit. Sie wiegt im Grunde schwerer als die Bestimmungen der Atlantik-Charta, durch welche auch dem besetzten Deutschland Sicherheit gegen einen Angreifer von aussen zugesagt wird. Denn sie beruht nicht allein auf einem Versprechen, sondern vielmehr auf einer eigenen, sozusagen egoistischen Notwendigkeit des Hauptgaranten. Auch die Forderung des Bundeskanzlers nach einer weiteren formellen Sicherheitsgarantie stösst nicht zum Kern der Dinge vor - ein unterfertigtes Dokument mehr oder weniger ist nicht das entscheidende.

Sicher wäre es falsch, wenn man dieses natürliche amerikanische Eigeninteresse nicht von deutscher Seite mit allen Kräften unterstützen wollte. Unter den heutigen psychologischen und militär-technischen Voraussetzungen wäre dabei ein schematisches Aufgeben Deutschlands in dem westeuropäischen Verteidigungssystem mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen aber kaum entscheidend, wenn überhaupt richtig. Praktische Arbeit an einer politischen und wirtschaftlichen Festigung unter besonderer Berücksichtigung unerlässlicher sozialer Notwendigkeiten stellt unter den gegenwärtigen Umständen den wertvollsten Beitrag Deutschlands für die eigene Sicherheit dar.

Phantasien um Österreich

sp. Warum haben die Russen plötzlich den Entwurf eines Friedensvertrages mit Österreich abgelehnt, den die Franzosen nach so

vielen vergeblichen Bemühungen unter Berücksichtigung vornehmlich der russischen Wünsche ausgearbeitet hatten? Warum zogen sie sich

von den vorbereitenden Arbeiten zurück, an denen Funktionäre von ihnen (ob offiziell oder nicht) so intensiv teilgenommen hatten?

Über 250 Sitzungen haben, wie man weiss, die Aussenminister-Stellvertreter der Alliierten bereits abgehalten, um die österreichische

Lösung zu finden. Sie haben bisher kein Ergebnis gezeitigt. Sie fragen sich nun besonders nachdrücklich, warum abermals ein

russisches Nein erfolgt ist.

Aus Wien erreicht uns eine Information, die die Frage beantworten könnte. Man hat am Ballhausplatz seit längerer Zeit beobachtet,

dass Anzeichen vorhanden waren, die darauf schliessen liessen, dass ein grundsätzlicher Wandel in der russischen Auffassung über

Österreich und die Österreich-Politik sichtbar werden würde. Man registrierte Gespräche, in denen russische Partner die Möglichkeit

einer Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und dem europäischen Osten und Südosten als ein nützlich

und förderliches Beginnen erörtert hatten. Solche Argumente tauchten zunächst beiläufig auf, häuften sich dann aber und wurden auch

in der Sache intensiver begründet. Die österreichischen Teilnehmer solcher Gespräche waren kaum jemals Politiker von Rang, vielmehr

Funktionäre aus der Gewerkschaftsbewegung, leitende Angestellte der an einer Ostorientierung interessierten Wirtschaftsunternehmen,

Wirtschaftstheoretiker und Journalisten. So sorgfältig das amtliche Wien diese Vorgänge verfolgte, so vermochte es doch nicht eine

sinnvolle Konzeption zu erkennen.

Da kamen alte Verbindungen nach Prag zu Hilfe. Ein wirtschaftsblock, der Österreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und

Bulgarien umfassen könnte, der nach Warschau und bis an die Ostsee reicht, der dem Handel die Wege bis in das ferne China ebnet,

der Wien und Shanghai verbindet - das etwa sei der grosse, weitgesteckte Plan der Sowjets, den sie zu verwirklichen bestrebt seien,

so wurde aus Prag berichtet: lockend und verschmitzt und ungläubig lächelnd, weil man dort selbst die Phantastereien als solche er-

kannt hatte. Habe nicht der Handel des Landes seine grösste Blüte in jenen Zeiten gehabt, in denen das Donauland seine Produkte

weit in den Osten schicken konnte? Hätten nicht die Arbeiter ihren Verdienst und ihre sichere Arbeitsstelle, die Fabriken ihre Rohstoffe und ihren Absatz? Man brauche nicht gleich von einem organisierten Anschluss Österreichs etwa an die "Deutsche Demokratische Republik" zu denken, an das ostzonale Deutschland also, aber die Idee - wäre sie so völlig absurd und läge sie nicht doch im Interesse der Österreicher, ihres Wohlstandes, des Friedens Europas? Was sollte denn werden, wenn die USA den Marshallsegen nicht mehr ausschütten würden? Habe man denn vergessen, dass Österreich auch vor dem Hitlerstreich niemals lebensfähig war?

Dies etwa sind die Parolen, die infiltiert wurden. Jetzt rechnet das amtliche Wien mit einem grossangelegten Feldzug der russischen Propaganda für diesen Plan, der mit solchen Argumenten geführt wird. Die Russen glauben, dass die Arbeiterschaft eher bereit sei, diesen Überlegungen zu folgen, also Phantastereien, einer Fata Morgana nachzulaufen, als die Notwendigkeiten zu erkennen, das neue Österreich in beharrlicher Arbeit als Demokratie und als ein Bollwerk der Freiheit aufzubauen. Sie werden sich gerade bei den Arbeitern in Österreich irren. Der Wirtschaftsführer freilich sind wir nicht so sicher. (b/B92/2/124/hs)

- o - o -

Um die Zukunft des deutschen Films

G.G. Die Bundesregierung wurde während der Etat-Debatte vom Bundestag ersucht, in den Haushaltsvoranschlag 1950/51 einen Betrag bis zu 20 Millionen D-Mark für Ausfallbürgschaften für die deutsche Filmherstellung einzusetzen. Dieser Beschluss ist aus der Fülle anderer Fragen nicht hinreichend gewürdigt worden.

Ohne staatliche Unterstützung droht die deutsche Filmproduktion zum Erliegen zu kommen. Man wird den Einwand erheben, dass angesichts der finanziellen Schwäche der öffentlichen Hand und der brennenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme Aufwendungen für diese Zwecke einen überflüssigen Luxus darstellten. Die Existenz eines wirtschaftlich gesunden und künstlerisch leistungsfähigen deutschen Films ist jedoch von solch entscheidender politischer und kulturpolitischer Wichtigkeit, dass Hilfsmassnahmen wohl zu verantworten sind, wenn sie an Bedingungen geknüpft werden, die jeden Missbrauch öffentlicher Mittel von vornherein ausschliessen. - 5 -

Die Ausfallbürgschaften sollen nach dem gefassten Beschluss ausschliesslich der Produktion zur Verfügung stehen. Da bereits ein erheblicher Teil der Atelierkapazität nur unvollkommen ausgenutzt ist, können Neubauten erst dann gerechtfertigt werden, wenn eine nennenswerte deutsche Produktion wieder in Gang gekommen ist. Die Mittel sollen in keinem Fall direkt gegeben werden. Die Bundesregierung soll keinem Filmvorhaben Hilfe leisten, bei dem nicht die ständige Kontrolle der Ausgaben durch eine anerkannte Filmtreuhandgesellschaft sichergestellt ist. Nur bestimmte Prozentsätze der Herstellungskosten der einzelnen Filme sollen durch solche Ausfallbürgschaften übernommen werden.

Manchem der Vertreter, "ständigen Bevollmächtigten" usw. der Filmwirtschaft, die sich in den letzten Wochen in den Gängen des Bundeshauses eifertig drängten, mögen diese Einschränkungen nicht gerade angenehm sein. Aber die Methode des bedenkenlosen Geldausgebens bei der Produktion eines Filmes, wie sie in der Goebbels-Ära um sich gegriffen hatte, ist nun einmal für lange Zeit vorbei. Äusserste Sparsamkeit ist auch hier das Gebot der Stunde. Es geht um eine wirkliche Gesundung des deutschen Films, nicht aber um die Rettung einer Vielzahl von Produktionsfirmen, die sich bisher nur durch ein reichlich hohes Mass an Unkenntnis der wirtschaftlichen und künstlerischen Gesetze des Films auszeichneten.

Gewiss ist der - von wenigen Ausnahmen abgesehen - künstlerische Tiefstand des deutschen Films sehr stark durch äussere technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten bedingt. Sobald aber in steigendem Masse staatliche Hilfsmassnahmen anlaufen werden, können diese Schwierigkeiten weit weniger als bisher für das unterdurchschnittliche Niveau verantwortlich gemacht werden. Die künstlerische Höhe des französischen wie des italienischen Nachkriegsfilms zeigt, dass man auch unter schwierigen äusseren Bedingungen Spitzenleistungen erzielen kann. Die Hilfe für den deutschen Film, zu der sich der Bundestag entschloss, darf deshalb nicht als ein à fonds perdu gegebenes Geschenk an die Filmindustrie aufgefasst werden, sondern als ernste Mahnung zu erhöhter Anstrengung.

Starkeres Gespann

sp. Nicht nur die Deutschland-Politik des State Departements (siehe: Saar-Europarat, Restdemontagen und Besatzungs-Ausgaben)

stand während der letzten Monate im Zeichen mangelnder Schlagkraft und Konsequenzen. Die amerikanische Aussenpolitik und ihr erster

Repräsentant Dean Acheson waren ebenso in Südostasien gelähmt durch planmässige Einspruchsmanöver republikanischer Senatoren, die ver-

frühten Wahlkampf übten und internationale Verantwortlichkeiten darüber vergassen.

Während ein Senats-Unterausschuss die Nichtigkeit republikanischer Beschuldigungen gegen führende US-Aussenpolitiker nachwei-

sen konnte, ist Präsident Truman ein Bündnisabkommen mit den bewährten und verantwortlichen Elementen der republikanischen Partei

gelingen. Der Zwei-Parteien-Ausschluss, nach dem Krankwerden des republikanischen Aussenpolitikers Senator Arthur Vandenberg ge-

fährdet, ist jetzt durch die Ernennung des Republikaners John Foster Dulles zum Berater Achesons wiederhergestellt. Damit eröff-

net sich auch die Möglichkeit, dass im Aussenministerium nach der bereits erfolgten Berufung des Asien-Spezialisten Philip C. Jessup

zum Sonderberater auch der Deutschland-Spezialist im Kalten Krieg, George F. Kennan, wiederkehren kann. Dann erst würde Hochkommissar

McCloy in Washington seinen Partner gefunden haben. Auf jeden Fall aber wird Acheson auf der kommenden West-Aussenminister-Konferenz

in London seinen französischen und britischen Kollegen mit klarer, weltpolitischer Konzeption gegenüberreten können. Mit Dulles

steht ihm ein Mann zur Seite, der nicht nur das Vertrauen der republikanischen Wähler in den USA genießt, sondern neben sei-

ner bekannten Friedensliebe auch die feste Entschlossenheit mitbringt, den Feinden der Freiheit keinen Meter Boden mehr zu über-

lassen.

- o - o -

Ostzonales Bahnhofs-Intermezzo

sp. Der Abendzug Berlin - Magdeburg - Halberstadt hat die Stadtgrenze der Hauptstadt verlassen und erreicht mit Potsdam

das Einfalltor zum ostzonalen Gebiet. Auf dem Bahnhof stehen die Polizeikommandos bereit, um Gepäck und Personen zu kontrollieren.

Viele der jungen Volkspolizisten haben erst die Schulbank der Polizeischule verlassen und sollen hier die erste Bewährungsprobe

bei der Gepäckplünderung bestehen. Überdienteilfrig stürzen sie

über die Koffer, Handtaschen und Pakete, um zu beschlagnahmen, was in Westberlin gekauft wurde und in die Ostzone gebracht werden soll.

Zwei junge Volkspolizisten haben sich den Packwagen des Zuges aufs Korn genommen. Das Expressgut soll daran glauben. Mit elastischem Sprung schwingen sie sich durch die offenstehende Schiebetür in den Packwagen. Aber mit einem wuchtigen Schlag vor der Brust

stößt der Packwagenmeister die beiden Polizisten wieder auf den Bahnsteig zurück. Mit den Worten: "Hier habt Ihr nichts zu suchen",

verteidigt er seinen Dienstraum und damit das Frachtgut der Reisenden. Denn die Reichsbahn ist haftbar für diese Gepäckstücke

vom Aufgabebahnhof bis zum Zielbahnhof. Nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung, den Packwagen freizugeben, holen die beiden

Polizisten ihren Kommandoführer herbei. Aber auch dieser musste zur Kenntnis nehmen, dass ohne Begleitpersonen der RBD oder einer

Bescheinigung von dieser Dienststelle ein Betreten des Packwagens verboten ist. Erst als sich der Zug in Bewegung setzte, konnten

sich die Potsdamer Raubritterpolizisten damit abfinden, dass ihre geplante Gepäckwagenausplünderung misslungen war.

- o - o -

KP-Vorherrschaft bei der Conti gebrochen

ep. Wie in den Parlamenten, so befinden sich auch in den Betrieben die Kommunisten auf dem Rückmarsch. Das Paradestück der deutschen KP war ihre Vorherrschaft im Hauptwerk der Continental-Gummiwerke in Hannover. Neben Opel-Rüsselsheim versorgten die Betriebsräte dieses Werkes die Ostzonenpresse regelmässig mit "spontanen Protesten und Resolutionen der westdeutschen Arbeiterschaft gegen die Massnahmen der westdeutschen Spalterrepublik".

Nach Opel hat nun die KP auch die Conti verloren. Sie hatte sich hier mit Hilfe von Reifenkompensationsgeschäften vor der Währungsreform einen Werkskonsumverein errichtet, der ein ausgezeichnetes Mittel war, die Belegschaft unter Druck zu halten. Dieser Verein hat heute seinen Reiz und seinen Schrecken verloren und so konnte die intensive Arbeit der SPD-Betriebsgruppe zu einem vollen Erfolg führen. Das Ergebnis der jetzigen Betriebsratswahlen lautet:

		<u>KP</u>	<u>SPD</u>	<u>Unabhängig</u>
Conti - Hauptwerk	1949	12	6	-
	1950	5	9	1
Conti - Limmer	1949	1	14	-
	1950	1	15	-

- o - o -